

Zur laufenden Unterschriftensammlung für die Vollgeldinitiative

Für friedensfördernde Geldordnung

Die heutige Geldordnung, in der das Geld – entgegen der Intention der Verfassung (Art. 99 BV «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes») – in Form von Buch- oder Girogeld als Bankkredit entsteht, ist weder zukunfts- noch friedensfähig. Der Präsident der laufenden Vollgeldinitiative erläutert die friedenspolitische Bedeutung des Volksbegehrens.

/ Hansruedi Weber /

Bankschuldengeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel. Es beruht darauf, dass die einen – die Banken – Geld «aus dem Nichts», d.h. ohne dass es im Vornher ein da ist, zur Verfügung stellen. Dabei verpflichten sie die andern – die Nichtbanken, also Personen, Unternehmen oder Staaten – per Kreditvertrag dazu, das Geld im Nachhinein zu erwirtschaften und inklusive Zinsen zurückzuzahlen. Das ist ein Hochrisikosystem, bei dem sich die Banken darauf spezialisieren, die selbst geschaffenen Kreditrisiken so zu verwalten und zu manipulieren, dass die Gewinne bei ihnen anfallen und die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Zwang zu steigender Verschuldung

Ein Schuldengeldregime spaltet die Gesellschaft in Wertschöpfende und Wertabschöpfende und privilegiert die Letzteren auf Kosten der Ersteren. Es spielt die Teilnehmer am Wirtschaftsleben gegeneinander aus. Es produziert illegitime Schulden, die als Mittel der Ausbeutung und Enteignung eingesetzt werden können. Es zwingt die Wirtschaft und den Staat zu steigender Verschuldung und zu ständigem Mehrwachstum. Es frisst die Lebenszeit der Arbeitenden und pfändet ihre Zukunft. Es destabilisiert die Wirtschaft, indem es die Wirtschaftszyklen verstärkt. Es vernachlässigt die sozialen und ökologischen Kosten, untergräbt die Demokratie und zerstört die Solidarität.

Diese und weitere Negativfolgen sind bekannt und können belegt werden. Dass sie eine friedliche Entwicklung nicht nur behindern, sondern verunmöglichen, dürfte offensichtlich sein.

Am schlimmsten trifft das Kreditgeld-diktat die Länder der Dritten Welt, weil sie die Schulden in ausländischer Währung zurückzahlen müssen. Um sich die Devisen zu beschaffen, korrumpieren sich ihre Regierungen, vernachlässigen die heimische Wirtschaft und verschleudern ihre natürlichen Ressourcen – alles Ursachen von Aufruhr und Migration.

Die Monetative übernimmt Kontrolle

Die Vollgeldreform bietet die einmalige Chance, von diesem Schuldengeldregime wegzukommen. Denn Vollgeld entsteht nicht als privater Bankkredit, sondern wird der Gesellschaft von der Zentralbank als öffentliche Infrastruktur und gesetzliches Zahlungsmittel schuldfrei und zinslos zur Verfügung gestellt. Dabei ist die Trennung von Geld und Kredit wichtig, denn heute ist Geld Kredit – mit allen beschriebenen Folgen. Die Zentralbank ist allein für die Herstellung und Kontrolle der umlaufenden Geldmenge (M1) zuständig, neu nicht nur für das bare, sondern ebenso das unbare (elektronische) Geld. Der Zahlungsverkehr und die Vermittlung von Geld zwischen Sparern und Investoren bleibt hingegen weiterhin den Banken überlassen, aber sie können kein eigenes Geld mehr schaffen.

Weil Vollgeld schuld- und zinsfrei entsteht, ist die Geldschöpfung für ein privates Unternehmen nicht mehr attraktiv. Daher braucht es eine transparente, interessenunabhängige, demokratisch beaufsichtigte öffentliche Institution, die die Geldschöpfung und die Kontrolle der Geldmenge übernimmt, die «Monetative». Diese ist per Verfassung dem Gemeinwohl und der Erhaltung der Kaufkraft verpflichtet.

Beschränkung der Geldproduktion

Die demokratische Beschränkung der Geldproduktion ist eine

Voraussetzung für ökonomische und politische Gerechtigkeit, ohne die es keinen Frieden geben kann. Geld, das nicht als Schuld geschaffen wird, entlastet zum einen die Gesellschaft und die Umwelt enorm. Zum andern dürfte sich auch das individuelle Verhalten verändern. Wenn die Kaufkraft erhalten bleibt, die Geldproduktion nicht mehr profitorientiert erfolgt und der bisher damit verbundene Schulden- und Wachstumszwang entfällt, kann soziales Engagement die systembedingte Existenzangst und Profitgier ersetzen.

Vollgeld allein wird den sozialen und ökologischen Frieden nicht herbeiführen. Aber zumindest verhindert ihn eine Vollgeldordnung nicht. Anders gesagt und in Anlehnung an die Einsicht von Dennis Meadows, Gründer des Club of Rome: Wir werden niemals Frieden schaffen, während wir ins gegenwärtige Finanzsystem verstrickt sind. Tatsächlich fördert eine Vollgeldordnung darüberhinaus eine lange Reihe von positiven Werten wie Nachhaltigkeit, Sicherheit, Stabilität, Fairness, Suffizienz, Kooperation, Solidarität, Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortung. Damit erfüllt sie wichtige Bedingungen der Möglichkeit von Frieden. Grund genug, sie aus voller Überzeugung zu unterstützen.

www.vollgeld-initiative.ch

